

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellschild vierteljährlich 2000 M., monatl. 700 M., für den Ausgabestellen viertelj. 1800 M., monatl. 600 M. Bei Postbezug viertelj. 1980 M., monatl. 660 M. In Deutschland unter Streifband monatl. 150 M. deutsch. — Einzelnummer 40 M. — Bei höherer Gewalt, Betriebsführung, Arbeitsniederlegung oder Ausperzung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernaus Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 34 mm breite Kolonialzeile 80 M., für die 90 mm breite Reklamezeile 350 M. Ausland, Oberschlesien und Freistaat Danzig 25 bzw. 100 deutsch M. — Bei Blätterdruck und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 200 M. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern wird keine Gewähr übernommen. — Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 242.

Bromberg, Donnerstag den 16. November 1922.

46. Jahrg.

Warschau und Kowno.

Die Wahlen zum Kownoer Sejm fanden fast gleichzeitig mit den Wahlen zum Warschauer Sejm statt. Doch während das Resultat der Wahlen in Polen noch nicht bekannt war, trafen schon aus Kowno Meldungen ein, die über einen Anschlag der litauischen Regierung gegen die elementaren Bürgerrechte der dortigen nationalen Minderheiten zu berichten wußten. Die Kownoer Regierung sah sich nach ihrer Ansicht einer „übermäßigen“ Anzahl von Abgeordneten aus der Mitte der nationalen Minderheiten gegenüber. In der „großen Sorge“ über die „nationale Reinheit“ (in Polen heißt es: die „nationale Einheit“) des vielsprachigen, viele Nationalitäten beherbergenden Litauen hat die Kownoer Regierung beschlossen, den nationalen Minderheiten einen großen Teil ihrer Vertretung im Sejm zuzunehmen ohne Rücksicht auf den Eindruck, den dieser Schritt in der ganzen zivilisierten Welt hervorruft.

Man könnte vielleicht annehmen, daß das Verhalten der Kownoer Regierung ein Verzweiflungsschritt war und auf das Misstrauen der Auslandspolitik, die den Verlust Wilnas und den schlechten Stand der Memelfrage zur Folge hatte, zurückzuführen ist. Es könnte sein, daß die Kownoer Regierung, nachdem sie sich von den trügerischen Hoffnungen auf ein Großlitauen in seinen historischen Grenzen überzeugt hatte, mit einem Federstrich die Rechte der nationalen Minderheiten verwischte, die sie bisher stets in den Vordergrund schob, um eine günstige Entscheidung in der Frage dieses Großlitauens zu erlangen. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob dieser Schritt der litauischen Regierung politisch klug war.

Das Ausland nahm sich sofort dieser Angelegenheit an, und die westeuropäische Presse aller Länder hebt hervor, daß Litauen durch die Streichung der Mandate der nationalen Minderheiten keine Rechte mehr auf Wilna und auf Memel für sich beanspruchen dürfe. Die wichtigste Folge dieses Verzweiflungsschritts der Kownoer Regierung dürfte jedoch die Tatsache sein, daß sich dort wie in Polen sämtliche nationalen Minderheiten (Polen, Juden, Deutsche und Russen) zusammen geschlossen haben. Wie verlautet, hat diese unbehäbige Folge der Intoleranz der Kownoer Regierung den gesuchten Anschlag auf die Rechte der Minderheiten noch abwenden können.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß sich die Vereinigung der nationalen Minderheiten in Litauen nach dem Muster des polnischen Blocks der nationalen Minderheiten vollzog. Die Situation in Litauen und in Polen unterscheidet sich aber trotzdem wesentlich voneinander: während sich in Litauen die nationalen Minderheiten zum Schutz der bereits erlangten politischen Vertretung vereinigten, mußten sie sich in Polen zusammen schließen, um erst eine entsprechende Vertretung zu erobern.

Ein Sprichwort behauptet, daß man durch Schaden klug werden kann, und dieses Sprichwort hat internationale Geltung. Nun finden sich aber in Polen Faktoren, die alles Unrecht der Kownoer Regierung veroessen und bereit sind, bezüglich der Benachteiligung der nationalen Minderheiten in die Kubapfen Kownos zu treten. Es wurde großer Alarm geschlagen: In den Randstaaten seien Missbräuche festgestellt worden. In den Randgebieten, in denen die polnische Bevölkerung kaum 10 Prozent der Gesamtbevölkerung umfaßt, sollen es die nationalen Minderheiten verstanden haben, Mißbrauch zu treiben und die polnischen Behörden zu zwingen, schweigend den Missbrauch zu tolerieren! Mit diesem lächerlichen Argument versucht man zu operieren, trotz des Ergebnisses der Volkszählung, trotz der wirklichen Logik, und natürlich mit dem naiven Glauben an die Rechtsgläubigkeit des Auslandes. — Es werden denn auch Untersuchungskommissionen entstehen, die die Missbräuche „feststellen“ sollen, in der Presse werden „eigene Korrespondenzen“ abgedruckt, die auf dasselbe Ziel ausgeschritten sind. Man redet sich ein, daß das Ergebnis der Wahlen in den Grenzgebieten für die polnische Bevölkerung „gerechter“ und „vorteilhafter“ hätte ausfallen können und verkündet dabei, daß man doch das prozentuale Verhältnis der Polen zu den Nichtpolen dadurch nicht ändert und daß die Neuwahlen zweifellos ebenso ausfallen werden, wie die ersten. Man vergibt ebenso, daß gerade in den Ostgebieten der Wahlquotient viel höher bemessen wurde, als in den national-polnischen Distrikten, daß die Neuwahlen, wenn sie verfassungsgemäß und mit einer nach dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ verbesserten Wahlordnung durchgeführt werden, unbedingt dem Minderheitsenblock eine verstärkte Vertretung zuführen müssen. Man vergibt endlich den Eindruck, den ein solches törichtes Verhalten in der Welt hervorrufen muß. Weil die polnische Sprache keine internationale Sprache ist, glaubt die polnische Presse ungefährdet sündigen zu können. Sie sollte bedenken, daß auch in Polen die Wände Ohren haben, und daß der unvoreingenommene Ausländer an die Wahlfälschungen der Minderheiten in den Ostgebieten nicht recht glauben wird, da nach einer bekannten Regel der allein Gewalt über kann, der die Gewalt hat.

Woan dies alles? — so fragen die in Warschau erscheinenden „Nowiny Codzienne“ mit Recht. Ist es denn dem polnischen Volke schwer, zu verstehen, daß die Wirkung nur die gleiche sein kann, wie sie durch das Verhalten Kownos hervorgerufen wurde? Und ist denn dem polnischen Volke das Schicksal der Polen in Litauen gleichgültig, daß es bereit wäre, sie zu verkaufen, nur um freie Hand in der Bedrückung seiner Minderheiten zu erlangen? Das Beispiel Kownos müßte für Warschau eine Warnung sein. Der politische Verstand Polens würde sich gegenüber dem Staate und gegenüber dem polnischen Volke verständigen, sollte Polen den Spuren der litauischen Verzweiflung folgen.

*
Und doch nach dem Beispiel Kownos?

Wie die „Polnische Ostagentur“ erfährt, hat man in Warschau die ersten Meldungen aus Luck über die Arbeiten der nach Wolhynien entsandten Kommission zur Feststellung

der Rechtmäßigkeit der Wahlen zum Sejm in den Bezirken Nr. 56, 57 und 58 erhalten. Die Kommission soll bereits eine Reihe Missbräuche festgestellt haben, die in den einzelnen Bezirken bei der Abgabe der Stimmzettel vorkommen seien sollen. Wahrscheinlich werden, so heißt es in der Meldung weiter, die Wahlen im Bezirk 56 (Kowel) für ungültig erklärt werden.

Die Senatswahlen.

Weitere Wohlergebnisse. Keine Mehrheit des Rechtsblocks.
(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 15. November. Gegenwärtig liegen die Ergebnisse der Senatswahlen aus 14 von 17 Wahlbezirken vor. Danach sind die bisherigen nichtamtlichen Resultate wie folgt zu ergänzen:

Wojewodschaft Lublin: Rechtsblock 3 und die Minderheiten sowie die Wyzwoleniebauern je zwei Mandate; Poleseien die Minderheiten und Sozialisten je 1 Mandat, ein weiteres Mandat ist strittig. Wojewodschaft Krakau der Rechtsblock und die Witosbauern je 3 Mandate, die Sozialisten 1 Mandat. Wojewodschaft Lemberg der Rechtsblock 3, die Minderheiten 2 und die Witospartei 4 Mandate. Wojewodschaft Stanislaw der Rechtsblock 2 Mandate, die Minderheiten und die Witospartei je 1 Mandat. Wojewodschaft Tarnopol der Rechtsblock 2, die Witospartei 2 Mandate und die Minderheiten wahrscheinlich 1 Mandat. Wojewodschaft Warschan der Rechtsblock 5 und die Minderheiten sowie die Sozialisten je 1 Mandat. In der Wojewodschaft Wilna haben der Rechtsblock, die Minderheiten, die Wyzwoleniegruppe und die Witospartei je 1 Mandat erhalten.

Im ganzen entfielen also bisher auf den Rechtsblock 39 und auf die Linksparteien zusammen 42 Mandate, und zwar auf die Bauernparteien 18, die Arbeiterparteien 8 und auf den Block der nationalen Minderheiten 13 Sitze. Zusammen mit den Staatslistern dürften die Minderheiten 20 Sitze erlangen. Es fehlen noch die Resultate aus den Wojewodschaften Wolhynien, Bialystok und Nowogrodek, die eher für die Linke als für die Rechte günstig ausfallen dürften.

Es steht also jetzt fest, daß auch im Senat der Rechtsblock nicht über die absolute Mehrheit verfügen wird.

Das amtliche Ergebnis der Senatswahlen.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 15. November. Das amtliche Gesamtergebnis der Senatswahlen aus sämtlichen Wahlbezirken zeigt folgendes Bild:

Die Rechte hat insgesamt 53 Sitze erhalten, die Linke und die Minderheiten zusammen 58, und zwar die Linksparteien 33 und die Minderheiten 25. Das Linkslager setzt sich zusammen aus den Witosbauern mit 14, den Sozialisten mit 7, der Wyzwoleniegruppe mit 9, der Nationalen Arbeiterpartei mit 2 Sitzen und der Radikalen Bauernpartei mit 1 Sitz. Die Minderheiten sind im Senat durch 21 Senatoren des Minderheitsenblocks und 4 ostgalizische Juden vertreten.

*
Das vorliegende amtliche Ergebnis der Senatswahlen zeigt gegenüber den Resultaten der Wahlen zum Sejm eine starke Verbesserung der Rechtsparteien, die nach der Entscheidung des 5. November nur 44 Sitze erwartet hatten. Diese Verbesserung, die der Rechten eine Überlegenheit über die Linke verschafft hat, vermag sich jedoch nicht ohne den Willen der nationalen Minderheiten auszuwirken, die eine absolute Majorität des Rechtsblocks verhindern können. Es hat sich also die eigenartige Lage ergeben, daß — ohne die nationalen Minderheiten — im Sejm die Linksparteien, im Senat dagegen die Rechtsparteien die Majorität haben würden. Man stelle sich das ewige Hin und Her bei der Gesetzgebung vor; bei der verschiedenen Mehrheit in beiden Kammern würde kein vernünftiges Gesetz in Polen zustande kommen. Wären die polnischen Parteien unter sich, so würde sich das erbärmliche Schauspiel wiederholen, das die polnischen Reichstage vor den Teilungen des Jagellonenreiches berühmt machte. Die Rolle der „Schlacht“ würde heute der Senat übernehmen. Sein „liberum veto“ dürfte wieder den Staat in den Abgrund treiben, denn bei Parlamentsabstimmungen geht bekanntlich das Vaterland nur selten über die Partei.

Wie ein Geschenk des Himmels sollte Polen die Fraktionen der nationalen Minderheiten betrachten, die in beiden Häusern das „Künglein an der Wage“ bilden und so eine stetige Gesetzgebung zum Wohl ihrer Heimat verhindern, in der sie nicht Fremdlinge oder Gäste sind, sondern Wirts in voller Gleichberechtigung mit ihren polnischen Landsleuten. Für einen guten Wirt ist weniger die Sprache als die Wirtschaft ausschlaggebend. Damit die Wirtschaft des Staates durch den Widerstreit der Parteien (wie etwa im alten Polen oder im neuen Deutschland) nicht Schaden leide, wurde es so geplant, daß die nationalen Minderheiten im Sejm und Senat ihren Willen maßgebend in die Waagschale legen können.

Danziger Börse am 15. November

(Worbörslicher Stand um 10 Uhr vorm.)

Polennoten 45

Dollar 6800

Umtliche Devisentur des Vortages siehe Handels-Rundschau.

Mutige Ritter.

Die „Gazeta Powiatowa“ (Nr. 27) teilt am 14. 11. mit: Der Westmarkenverein (D. A. B.) gibt nach den Sejm- und Senatswahlen mit verdoppelter Energie an die Arbeit der Auflösung der Probleme der Westmarken. Die hohe Zahl der Mandate, die in den letzten Wahlen der Block der Minderheiten erlangt hat, zeigt klar, daß die uns von dieser Seite drohende Gefahr keine Einbildung ist, sondern eine völlig reale Macht.

Deshalb fordert die Leitung des Westmarkenvereins alle Vertreter der Kreisvorstände des Bezirks Posen auf zur Teilnahme an der Bezirkstagung, die Freitag, 17. November, um 2 Uhr nachm. in Posen im Saale der St. Adalbertdruckerei, Aleja Marcinkowskiego (früher Hotel Stadt Rom), stattfinden wird. Mit Rücksicht auf die Bedeutung der Angelegenheiten (vollständige Belehrung betr. der Organisationsfähigkeit), die auf der Tagung besprochen werden, ist die Beteiligung der Vertreter aller Kreise unabdingt wendig.

Die Wahlen zum Sejm und Senat haben mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wie stark das Deutschland in den Westmarken durch die „nationale“ Politik geschwächt wurde. Jetzt soll der letzte Rest — vom Erdbeben vertilgt werden. Die Hände macht sich gern an den Leichenfrak. Guten Appetit, ihr Herren, daß ihr euch nur nicht den Magen dabei verderbt.

Es gibt Menschen, die noch immer den preußischen Ostmarkenverein mit dem polnischen Westmarkenverein vergleichen. Wir fühlen uns keineswegs dazu berufen, die alte Ostmarkenpolitik zu verteidigen, aber ein Vergleich zwischen D. A. B. und D. A. B. wird zunächst die Feststellung erbringen, daß der Verein des Herrn von Tiedemann zur Beteiligung gegen eine offen erklärte Friedentaube an dauernder Vermehrung des polnischen Volktums und Grundbesitzes in den Ostmarken gegründet wurde, während die Nazisten die völlig gegenteilige Situation vorfinden. Die Behauptung liegt uns fern, daß diese Unterschiede zwischen beiden Vereinigungen einen weiteren Schluss auf die verschiedenartige Auffassung zwischen deutscher und polnischer Ritterlichkeit zulassen. Aber wir möchten die mutigen Ritter, die sich in den nächsten Tagen in Posen versammeln, um darüber zu beratschlagen, wie man die mehrlosen Deutschen in den Westmarken am besten umzubringen vermag, doch darauf hinweisen, daß ihr flügeltes Beginnen, das in der neueren Geschichte so ziemlich ohne Beispiel ist, die polnische Nation im Auslande und vor den Augen der Nachwelt in keinem guten Licht sieht. Wir Deutschen haben einen Spruch, den wir dem Westmarkenverein als Motto für sein Wappenschild empfehlen. Er ist in „Dreizehnlinden“ von F. W. Weber geschrieben und lautet: „Färbi sich rot die Spur des Bären, wächst der Mut auch feigen Jägern!“ *

Der „Frankfurter Zeitung“, der man wahrhaftig weder in der Vorkriegszeit noch heute „halbstatische“ Bestrebungen“ andichtet kann, entnehmen wir folgende Bemerkung, aus der wir rücksichtsvoll alle Schärfe gestrichen haben:

„Als die kleinen Völker Osteuropas noch in großen Reichen Minderheiten waren, beklagten sie sich bitter und vielfach mit Recht über die schlechte Behandlung, die ihnen von den Großen widerfuhr. Nun sind sie durch den Ausgang des Krieges, durch einen unerwarteten Glücksfall, in den Westen nationaler Staaten gelangt. Man sollte meinen, sie würden sich noch an ihre eigene schlimme Vergangenheit erinnern. Aber nein, es ist überall dasselbe Bild. Sie leben jetzt, die einen mehr, die anderen weniger hart, eine Gewalttherrschaft aus. Der Staat, dessen Präsident Herr Masaryk ist, denkt gar nicht daran, die vornehmsten Gründäte dieses früher so beredten Anwalts der Völkerverbindung durchzuführen. Aber Rumänen, Slowenen, Polen, Letten, Esten und Finnern machen es noch schlimmer. Und gar Litauen, ein Staat, dessen Analysebetrüffler den kühnsten Wettbewerb aushält und der sich über polnisches Unrecht fortgesetzt aufs bitterste beklagt, macht mit seinen Minderheiten kurzen Prozeß, indem er von deren 22 Vertretern im Landtag einfach 18 unter nichtigen Vorwänden streicht, so daß die übrigen 4 zum Profekt, und weil ihre Teilnahme an den Verhandlungen ja doch zwecklos wäre, auf die Ausübung ihrer Mandate verzichten. Der polnische Nationalismus möchte mit den Minderheitsvertretern in Polen, da ihm trotz einer perfiden Wahlgeometrie zu viele gewählt worden sind, dasselbe tun, nachdem er in Wilna, Ostgalizien und Oberschlesien schon gezeigt hat, wie er das Selbstbestimmungsrecht der Völker auffaßt. Man kann schwerlich einen guten und edlen Gedanken in einer grimmigeren Art verzerren und zum Geißpötz machen, als es diese Völker jetzt tun. Die Methoden der alten Großstaaten waren oftmals rauh, und wir haben sie nicht gebilligt, aber mit dieser Nationalitätenpolitik könnten sie es noch immer aufnehmen.“

Die Umbildung der deutschen Reichsregierung.

Die Frage der Bildung einer großen Regierungskoalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Vereinigten Sozialdemokratie ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Der in den letzten Tagen als Ministerkandidat vorgesehene Vorsitzende der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann hat im Namen seiner Partei folgenden Brief an den Reichskanzler gerichtet:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat niemals Zweifel darüber gelassen, daß sie bereit ist, die Kräfte der Partei für ein positives Zusammenarbeiten auf breiter Basis zur Verfügung zu stellen, wenn eine Übereinstimmung über die Grundlagen der Außenpolitik, über die angehende der jetzigen Situation nötigen wirtschaftlichen Maßnahmen und über die innerpolitischen Fragen sich erzielen ließe. Auf dieser Grundlage sind die Verhandlungen geführt worden, die innerhalb der Arbeitsgemeinschaft und mit der Vereinigten Sozialdemokratie in den letzten Wochen stattgefunden haben.

Aus dem Bericht des „Vorwärts“, des Zentralorgans der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ersehen wir, daß die Vertreter der Sozialdemokratie bei den Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Deutschen Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich sei. Diese Haltung der Sozialdemokratie war uns nicht bekannt gegeben. Wir hätten sonst keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Benennung von Persönlichkeiten bei der Besetzung wichtiger Ämter in einem umhüllenden Reichsministerium von uns abgelehnt werden müßte, wenn diese von uns vorgeschlagenen Persönlichkeiten damit gewissermaßen als außerhalb der Deutschen Volkspartei stehend angesehen werden müßten.

Wir verlangen von denjenigen Parteien, mit denen wir zusammen arbeiten sollen, die feste Erklärung, daß sie bereit sind, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten, damit die gegenwärtige unklare Lage, die ohne Schaden des Reichs nicht mehr länger andauern darf, endlich geändert werden kann. Die Schaffung klarer Verhältnisse ist eine unabdingbare Notwendigkeit. Wir können daher nicht die Verantwortung für die Bildung eines Ministeriums übernehmen, das diese End erfordernisse nicht erfüllt.“

Dieses Schreiben wurde von Vertretern der Deutschen Volkspartei sofort dem Reichskanzler übergeben. Gleichzeitig wurden Wünschten des Schreibens den anderen Fraktionen zugestellt. Der Reichskanzler äußerte bei der Übergabe des Briefes, daß er diese Haltung der Volkspartei erwartet habe. Kurze Zeit später empfing Dr. Wirth die Führer der Demokraten und des Zentrums, um ihre Stellung zu dem Brief der Volkspartei kennen zu lernen. Dabei gaben diese Parteiführer ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß auch sie für eine offizielle Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in das Reichskabinett seien. Der Reichskanzler erklärte darauf, daß er ebenfalls den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung für notwendig halte. Mit Zustimmung der Demokraten und des Zentrums wandte sich dann der Reichskanzler an die sozialdemokratische Fraktion mit dem Ersuchen, eine möglichst baldige Stellungnahme der Partei zu dem volksparteilichen Schreiben herbeizuführen zu wollen.

Darauf traten dann gegen 6 Uhr nachmittags die Sozialdemokraten zu einer Fraktionsversammlung zusammen. Nach etwa zweistündiger erregter Debatte wurde folgender Besluß gefasst:

Die Fraktion erklärt, daß sie an der Forderung der Stabilisierung der Mark als der dringendsten Forderung der inneren und äußeren Politik festhalte und nur in einem Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent vertrete. Sie erhält in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Mark und damit für die Forderung der endgültigen Lösung des Reparationsproblems.

Der „Vorwärts“ ist außerordentlich pessimistisch. Er spricht von einer schweren Krise und schreibt: „Unsere Propheteiung, wir schieren dem großen Krach näher zu sein als der großen Koalition, beginnt sich in unheimlicher Weise zu bewahrheiten. Will man die Unterstützung der Sozialdemokratie, so muß man sich dazu bequemen, sachliche und persönliche Garantien dafür zu geben, daß eine Politik betrieben wird, die mit den Ausschüssen der Sozialdemokratie von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes vereinbar ist. Für die Sozialdemokratie steht es fest, daß sie mit einer Partei, die denselben Standpunkt vertritt, wie Stinnes in seiner Rede vom 9. November, nicht zusammenwirken kann. Der Bestand des Kabinetts Wirth, das eine sichere Mehrheit von Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum hätte haben können, ist aufserstest gefährdet, weil die bürgerlichen Parteien auf Hinzuziehung der Volkspartei bestehen.“

Hugo Stinnes' Programm.

Der führende deutsche Großindustrielle und Parlamentarier Hugo Stinnes hat im Reichswirtschaftsrat zum Problem der Stabilisierung der deutschen Mark eine Rede gehalten, der in politischen Kreisen große Bedeutung beigemessen wird. Wir geben im folgenden die Hauptzüge dieser Ausführungen wieder:

Es kann kein Zweifel sein, daß jeder, der in der Industrie steht, den dringenden Wunsch haben muß, daß die jetzigen Inflationszustände aufhören, und daß es zu einer Stabilisierung der Mark kommt. Worin die Meinungen in Deutschland verschieden sind, ist die Frage, wie und unter welchen Bedingungen man stabilisieren kann. Das hat nichts mit vertikalen und horizontalen Trusts zu tun. Vertikale Organisationen sind Kinder ihrer Zeit und horizontale Organisationen auch Kinder ihrer Zeit. Wenn sie kein Geld und keine Ware haben, dann werden sie vertikal organisieren, damit sie Geld und Rohmaterial sparen, indem sie die Produktionen aufeinander einstellen, um mit möglichst wenig Material und Geld auszukommen. Wenn sie im Überfluss schwimmen, was eines Tages wohl auch wieder der Fall sein wird, dann wird die horizontale Organisation sich in den Vordergrund schieben. Ich gebe zu, daß für gewisse Industriegruppen und überhaupt für gewisse Teile der Volkswirtschaft die jetzigen Zustände so sind, daß sie sich überhaupt nicht dagegen wehren, teils infolge von staatlichen Zwangsmassnahmen, teils weil sie einfach die Kenntnisse, Fähigkeiten und Möglichkeiten nicht haben, dagegen anzukämpfen. Da gegen gibt es Industriegruppen – und das sind natürlich diejenigen, denen größere Mittel und auch größere Kenntnisse, vor allen Dingen größere Verbindungen zur Verfügung stehen, denen vor allen Dingen aber auch die Weltkenntnis mehr zur Verfügung steht –, die in der Not mehr gegen die heutigen Zustände nicht so wehrlos sind wie andere. Und daß diejenigen, die weniger wehrlos sind, den ganzen Fragen nicht so mit gekreuzten Armen gegenüberstehen wie die Wehrlosen, das ist ganz selbstverständlich.

So werden gewisse Gruppen auf dem Standpunkt stehen: wir wollen keine Maßnahmen jetzt treffen, die uns nach drei und sechs Monaten in eine noch viel schlimmere Lage hineinführen, sondern wir wollen uns mehr und wollen uns erfolgreich wehren und wollen eine Lösung der Frage versuchen herzuführen, die eine wirklich dauernde Lösung mit sich bringt, ohne daß noch immer größere Teile der deutschen Volkswirtschaft in den Besitz des Auslands hineingezogen werden. Denn darüber dürfen sich die Herren nun doch nicht im Unklaren sein: in einer Weise werden Kriegsschädigungen aus der deutschen Volkswirtschaft jeden Tag jetzt durch die Zwangswirtschaft, durch die

herrschenden Zustände in Deutschland genommen, die geradezu ungeheuerlich ist. Ich weiß, daß sich jetzt neuerdings wieder Unternehmungen im Auslande bilden, die nur darauf ausgehen, die Inflationsmark hier in Deutschland zu investieren in Häuser, in Grundstücke, in alle Teile des deutschen Wirtschaftslebens (Sehr richtig!), so daß auf diese Weise die vielen Goldmilliarden, die man im Wege des Friedensvertrages nicht bekommen kann, anderweitig hereingeholt werden.

Was nun die Stabilisierung selbst anlangt, so muß man sich, glaubt ich, über die volkswirtschaftliche Lage des Deutschen Reiches von innen und außen klar machen. Deutschland ist sehr stark passiv, weil es unproduktiv ist. (Sehr richtig!) Ich schaue Deutschlands Unproduktivität auf mindestens 200 Millionen Goldmark monatlich. Deutschland muß 200 Millionen Goldmark mehr nicht bloß produzieren, sondern nach Abzug der entstehenden Selbstkosten produzieren, um überhaupt für sich leben zu können. Dann tritt überhaupt erst die Möglichkeit ein, daß irgend etwas für Reparationszwecke, für Entschädigungszwecke an das Ausland geleistet werden kann.

Da entsteht die außerordentlich schwierige Frage: wie kann die Volkswirtschaft produktiv gestaltet werden? und wie kann die Reparation in vernünftige Bahnen gesenkt werden? Ich bin der festen Überzeugung, wenn die Einsicht auf der französischen und der Ententeseite überhaupt da wäre, daß man dem deutschen Volke unter der Bedingung wesentlicher Überarbeit und wesentlicher Mehrleistung die Freiheit wiedergäbe und die Okkupation aufhöre, dann würde das deutsche Volk sehr bald arbeiten und wieder nach verhältnismäßig kurzer Zeit ein glückliches Volk werden. Ob die Vorleistungen von französischer oder Ententeseite zu bekommen sind, erscheint mir zweifelhaft. Es wird ja wahrscheinlich ein Zug-um-Zug-Geschäft werden, zumal das Geschäft mit dem ganzen internationalen Schuldenproblem zwischen den verschiedenen Ländern verwickelt ist.

Wir können die Volkswirtschaft nur in Ordnung bringen, wenn wir in der Welt wieder Meister begüntigen bekommen. Meisterbegünstigung können Sie nur bekommen, wenn Sie in Deutschland wieder Zustände herbeiführen, daß das Ausland weiß, daß hier in Gold demnächst wieder gelöhnt werden muß, das heißt also, daß ein Dumping über ein vernünftiges Maß hinaus hier überhaupt nicht gemacht werden kann. Zusammengefaßt stehen ich und, ich glaube auch in zunehmendem Maße, andere Herren, die in die Weltverhältnisse eine gewisse Einsicht haben, auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung des Lebens in Deutschland ganz grobe Überarbeit ist; und ich stehe nicht an, zu erklären, daß nach meiner Überzeugung das deutsche Volk eine Reihe von Jahren, zehn, fünfzehn Jahre lang, sicherlich zwei Stunden pro Tag wird mehr arbeiten müssen, um die Produktion so hoch zu bringen, daß es leben kann und noch etwas für die Reparationen erbringen kann. Selbstredend werden wir dann unsere Bevölkerung in Gold lohnen müssen. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, daß Deutschland auf dem Weltmarkt wieder richtig zur Geltung kommen wird, ohne daß es in Gold läuft. Das ist selbstverständlich etwas, was nie vorgeleistet, sondern nur nachgeleistet werden kann.

Nun die Höhe der Stabilisierung. Bei den ungehönerlichen Summen, die in Papiermark sind, würde, wenn wir so hoch stabilisieren, daß eine riesige Kontribution an das Ausland bedienten, indem das Ausland diese Mark in der Tasche hat und, je höher stabilisiert wird, um desto mehr Kontribution auferlegt, während man die Mark verhältnismäßig billig gekauft hat. Wir würden aber vor allen Dingen, wenn wir die Arbeiterschaft und die Beamtenchaft, überhaupt alle, die fest gelöhnt sind, mit einer zu hohen Stabilisierung aeglücken würden, zu einem Zeitpunkt, in dem gleichzeitig die ganzen vermeintlichen Vorteile der Zwangswirtschaft verloren gehen, an den Zahlen röhren müssen, die sie sich inzwischen in der sogenannten Papiermark erkämpft haben. Und da man nicht die Einsicht erwarten darf, daß diese Zahlen nicht kampfhaft verteidigt werden, so würde das uns in neue Lohnkämpfe hineinbringen. Die Voraussetzung jeder erfolgreichen Stabilisierung ist aber noch meiner Meinung, daß auf eine lange Zeit Lohnkämpfe und Streiks ausgeschlossen sind.

Republik Polen.

Die französische Anleihe für Polen.

Warschau, 14. November. Ende November begibt sich nach Paris eine Delegation des Finanzministeriums, um über die Bedingungen der Polen zu gewährenden Anleihe in Höhe von 500 Millionen Frank zu verhandeln. Die Delegation soll insbesondere für die Auszahlung der Gesamtsumme auf einmal eintreten, da die französischen Finanzleute beabsichtigen, die Anleihe in zwei oder drei Naten zu zahlen.

Die Prüfung der Staatsbeamten.

Warschau, 14. November. Dem „Przeglad Wieczorny“ zufolge ist in einigen Ministerien der Entwurf einer Verordnung in Vorbereitung, nach welcher sämtliche Staatsbeamten bis zum 7. Dienstgrade einschließlich, sich einer Prüfung zu unterziehen haben. Das Blatt meint, daß von der Prüfung diejenigen Beamten befreit werden müßten, die schon früher eine Prüfung über ihre Kenntnisse in der Staatsverwaltung abgelegt haben und die eine höhere Bildung besitzen.

Verhaftung eines kommunistischen Abgeordneten.

In Warschau wurde wegen umstrittener Agitation und Verteilung von aufreisenden Flugblättern der im Dabrower Industrievier nengewählte Sejmabgeordnete Nybacki verhaftet. Der Bevollmächtigte der kommunistischen Liste Nr. 5 legte bei der Staatswahlkommission gegen die Festnahme Protest ein, da sie nicht mit der Immunität des Sejmabgeordneten vereinbar sei. Die Kommission vertrat den Standpunkt, daß sie hierfür nicht zuständig sei, sondern das Gericht.

Protest der Fleischerinnungen gegen die Ausfuhr von Vieh.

In Anbetracht dessen, daß das in Polen vorhandene Rindvieh sowie die Schweine noch lange nicht ausreichen, um den Bedarf der Städte zu decken und daß die legale, insbesondere aber die illegale Ausfuhr nur zu einer ganz erheblichen Steigerung der Preise für Schweine, Rindvieh und Fleisch auf den inneren Märkten beiträgt, wurde auf dem in Posen am 30. Oktober d. J. abgehaltenen Kongress der Delegierten der Fleischerinnungen in der Republik Polen (vertreten von ca. 500 Delegierten der Fleischerinnungen in ganz Polen) beschlossen, gegen die projektierte Ausfuhr von Rindvieh und Schweinen auf das entschiedenste zu protestieren, dagegen aber von der Regierung zu verlangen, daß die Grenzen des Staates auf das strengste bewacht werden, damit auch nicht ein einziges Stück Vieh aus Polen aufgezogen wird, bevor nicht der innere Vieh aus Polen aufgezogen wird, bevor nicht der innere Vieh vollständig gedeckt ist.

Der Armeeinspekteur General St. Haller hat vom Ministerrat außergewöhnliche Vollmachten erhalten, um in den Wojewodschaften Lemberg, Stanislau und Tarnopol die öffentliche Ordnung sicher zu stellen.

Wie der „Kuri. Warsz.“ berichtet, werden vom Büro des Sejms bereits Wohnungen für die neuen Sejmabgeordneten und Senatoren gesucht. Das Büro appelliert hierbei an das patriotische Gefühl der Bürger der Residenzstadt.

In Warschau finden augenscheinlich zwischen den Ministerien des Außen-, des Innern, der Landwirtschaft sowie dem Hauptlandwirtschaftsamt Beratungen über ein Komitee mit der katholischen Kirche statt.

Das Zentral-Wahlkomitee des Proletariats aus Stadt und Land (Nr. 5) erließ eine Bekanntmachung, in welcher mitgeteilt wird, daß es sich gegenwärtig um die Legalisierung dieser Organisation bemüht.

Wie die „Gazeta Warszawska“ erfüllt, wird der Bemberger griechisch-katholische Metropolit Szepietycki nicht die Genehmigung zur Rückkehr nach Lemberg erhalten, ansonsten wegen Hochverrats, dessen er sich während seines Aufenthalts außerhalb Polens schuldig gemacht haben soll.

Der polnische Gelehrte in Wien konfertierte dieser Tage mit dem österreichischen Kanzler, wobei u. a. auch die durch Petrusziewicz inszenierte ukrainische Propaganda berührt wurde. Der Kanzler betonte, daß Österreich mit Polen freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten wünsche. Die westukrainische Gefandschaft wurde von der Wiener Regierung des Rechts der Territorialität und sämtlicher diplomatischen Rechte für verlustig erklärt.

Der Magistrat der Stadt Warschau ließ der dortigen Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen, nach welcher zur Miete aus dem Jahre 1919 ein Zusatz von 300 Prozent gezahlt werden soll, der zum Ausbau der Stadt Verwendung finden wird. Die Steuer soll eine Milliarde Mark jährlich einbringen.

Der polnische Generalkonsul in Königsberg Rosowski verläßt seinen bisherigen Posten und begibt sich in gleicher Eigenschaft nach Köln.

Deutsches Reich.

Vor neuen Forderungen der Reparationskommission.

Wie der „D. A. B.“ aus Paris gemeldet wird, ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die jetzige und die nächste Woche vielleicht aus Paris allerhand Überraschungen bringen wird. Die Kammerdebatte und die beiden Reden Polnacars haben nicht zu einer Festigung seiner Stellung beigebracht. Man spricht seit den letzten 48 Stunden immer deutlicher von der Möglichkeit eines Ministeriums von Loucheur oder Viviani. Die vor drei Tagen von Loucheur gehaltene Rede hat in Frankreich allgemein ungestillte Beifall gefunden, und sie wird von gewissen Kreisen als seine Programmrede angesehen.

Daß angesichts dieser unklaren inneren und äußeren Lage zunächst Deutschland der Leidtragende sein wird, ist unbedingt sicher. Die Reparationskommission ist bereits zusammengetreten. In ihr sehr nahestehenden Kreisen wird versichert, daß sie unverzüglich an Deutschland sehr schwere neue Bedingungen stellen werde, für die nur eine ganz kurze Frist gelassen würde.

Die Reichstagsabgeordneten v. Graefe, Henning und Wulle, aus dem Fraktionszugehörigkeit von der deutschnationalen Reichstagsfraktion aufgehoben waren, haben sich nunmehr als „Bölkische Gruppe der Deutschnationalen“ angemeldet.

Das Defizit der Reichspost zwingt die Verwaltung zu weiteren Sparmaßnahmen. Da der Verkehr auf fast allen Gebieten zurückgegangen ist und schon aus

diesem Grunde eine Einschränkung des Beamtenstövers notwendig wird, sollen in den nächsten Monaten 20 000 Postbeamte in den Dienst der Finanzverwaltung überführt werden.

Eine am Sonntag in Hannover abgehaltene Generalversammlung der Welfenpartei beschloß die sofortige Einreichung des Antrages auf eine Abstimmung von Preußen.

Aus anderen Ländern.

Weißrussland und der Memelgebiet.

Die Minsk-Presse widmet ihr Interesse den Handlungen in Paris über das Schicksal des Memelgebietes. Das offizielle Organ der weißrussischen Regierung „Sawojlaieje Bjalorus“ weiß nach, daß Memel der natürliche Ein- und Ausfuhrhafen nicht nur für Litauen, sondern auch für ganz Weißruthenien sei. Der Memelstrom bildet den besten und billigsten Verbindungsweg zwischen dem Grodnoer, Wilnaer, Minsker, Bialystoker, Smolensker und Mohilener Land einerseits und der Ostsee andererseits. Es sei daher ungerecht und anmaßend, wenn Litauen Memel für sich allein beanspruche. Die „Sawojlaieje Bjalorus“ fordert die Selbständigkeit Memels und die Internationalisierung des Memelstromes. Nur diese Lösung sei gerecht, nicht nur ganzen gewaltigen litauischen und weißrussischen Hinterlande.

Die weißrussische Regierung hat die Moskauer Regierung erstmals gegen eine Lösung der Memelfrage zu protestieren. Memel habe als Ausfuhrhafen nicht nur für Litauen und Polen Bedeutung, sondern für ganz Osteuropa, hauptsächlich aber für Weißrussland.

Wie das weißrussische Pressebüro erfährt, redet man in Weißrussland nach der Ausdehnung des Rapolovertrages auf Sowjetweißrussland mit der Errichtung eines deutschen Konsulats in Minsk.

Wie die „Times“ aus Allahabad melden, nimmt worden war, gegenwärtig an Friedensverhandlungen mit den Bolschewisten in Bajan teil. Enver Pascha soll es abgelehnt haben, den Posten eines Gouverneurs über Buchara zu übernehmen. Der Mann ist also wirklich nicht totzukriegen.

Die Pariser Blätter melden aus Konstantinopel, es sei Enver Pascha endlich gelungen, den Sultan zu bestimmen, seine Abdankung zu unterzeichnen.

Der kleine Grenzverkehr.

(Fortsetzung.)

II. Saalige Erleichterungen.

Art. 12.

1. Zur Erleichterung des gegenseitigen Verkehrs in den Zollgrenzbezirken werden die Absatz 2 unter a) bis d) aufgeführten Bestimmungen getroffen. Dabei werden als Zollgrenzbezirke diejenigen auf beiden Seiten der gemeinsame Grenze gelegenen Gebietsteile anerkannt, welche von jedem der vertragsschließenden Teile des Zollgrenzbezirks darfst ohne Zulassung des anderen Teiles auf keiner Seite über 10 Kilometer hinaus fahren.

2. a) Die Bewohner eines Zollgrenzbezirks dürfen Mundvorrat für die Dauer ihres Aufenthalts im jenseitigen Zollgrenzbezirk, jedoch nicht mehr als ein Kilogramm, wozu höchstens 250 Gramm Fleisch oder

Vett, mit Ausschluß von Butter, enthalten sein darf, zolle und abgabenfrei aus- und einführen. Ebenso dürfen sie beim Grenzüberschreit bis zu 8000 Mark polnisches oder 800 Mark deutsches Papiergegeld innerhalb eines Kalendermonats mitnehmen.

b) Gegenstände des eigenen Bedarfs der Bewohner eines Polsgrenzbezirks, die in dem gegenüberliegenden Polsgrenzbezirk handwerksgemäß verarbeitet, umgearbeitet oder ausgebessert werden sollen, dürfen zu diesem Zweck frei von Zöllen und sonstigen Abgaben aus-, und nach erfolgter Verarbeitung usw. wieder eingeführt werden. Ebenso dürfen die Bewohner der Polsgrenzbezirke des einen der vertragsschließenden Teile, die für landwirtschaftliche Gegenstände, wie Getreide, Oliven, Hanf, Lein, Holz und Leder zum Vermahlen, Stampfen, Reiben usw. auf die Benutzung von Mühlen und sonstigen entsprechenden Betriebsstätten in dem unmittelbar gegenüberliegenden Polsgrenzbezirk angewiesen sind, solche Gegenstände auf diesem Zweck frei von Zöllen und sonstigen Abgaben über die Grenze bringen und nach ihrer Verarbeitung in der dem Nachbarn entsprechenden Menge oder in dem diesem Zustand entsprechenden Gewichte zurückführen. Voraussetzung für die vorstehend erwähnten Vergünstigungen ist, daß die Gegenstände für den eigenen Wirtschaftsbedarf gebraucht werden.

c) Die Bewohner der beiderseitigen Polsgrenzbezirke dürfen Gerätschaften für Abendmahl und leichte Süßung, sowie zum religiösen Gebrauch bestimmte Bücher, Handwerks- und sonstige Geräte, Instrumente und Maschinen aus einem Polsgrenzbezirk zum vorübergehenden Gebrauch in den gegenüberliegenden Polsgrenzbezirk frei von Zöllen und sonstigen Abgaben aus- und einführen. Aus- und Einführverbote werden hierdurch nicht berührt. Für Akten von Anwälten, für Projektstücke sowie für Zeichnungen von Technikern ist eine besondere Erlaubnis der zuständigen Verwaltungsbörde erforderlich.

d) Eigentümer derjenigen landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzten, im Polsgrenzgebiet gelegenen, einzelnen oder zu mehreren einer wirtschaftlichen Einheit bildenden Grundstücke, die von der Grenze durchschritten werden oder deren wirtschaftliche Einheit durch die Grenze getrennt worden ist, dürfen die zur Bewirtschaftung dieser Grundstücke erforderlichen tierischen und pflanzlichen Düngemittel, Sämereien und Saatgut, Forstpflanzen, Gerätschaften und Fuhrwerke, mit Einschluß der Arbeitstiere, ferner Früchte der im Falle stehenden Grundstücke, sowie die sonstigen Bodenerzeugnisse und die nachstehend bezeichneten Bodenbestandteile, nämlich Natursteine, Kies, Sand, Lehmb und Ton, frei von Zöllen und sonstigen Abgaben aus- und einführen. Holz, Weiden und Tore dürfen indessen nur, soweit sie zur Befriedigung des eigenen Wirtschaftsbedarfs dienen, über die Grenze gebracht werden. Metalle, Kohle und sonstige im Betriebsbetrieb gewonnene Bodenbestandteile, sowie Erdöl, sind von den vorstehend erwähnten Vergünstigungen ausgeschlossen. Die oben bezeichneten Personen sind ferner befugt, das zu ihrem Wirtschaftsbetriebe gehörige Vieheweih frei von Zöllen und sonstigen Abgaben auf ihre jenseits der Grenze gelegenen Grundstücke hin- und wieder zurückzuführen. Den Eigentümern stehen sonstige, auf Grund irgendeiner Rechtsansprache zur Nutzung von Grundstücken berechtigte Personen gleich.

2. Soweit für die in Absatz 2 unter a), b) und d) bezeichneten Gegenstände Aus- und Einführverbote bestehen, bedarf es zur Aus- und Einführung solcher Gegenstände in diesen Fällen keiner besonderen Bewilligung.

Art. 12.

1. Die Polizeibehörden der beiden vertragsschließenden Teile sind berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen einzurichten, um eine mißbräuchliche Ausnutzung der im Art. 12 vorgesehenen Erleichterungen zu verhindern. Sie werden sich gegebenenfalls hierüber gegenseitig ins Vernehmen setzen. Die von den Behörden des einen Teiles getroffenen Maßnahmen dürfen erst eine Woche, nachdem sie den Behörden des anderen Teiles bekannt gegeben worden sind, in Wirklichkeit gesetzt werden.

2. Die im Art. 12, Absatz 2 unter b) und c) bezeichneten Gegenstände dürfen erst nach vorheriger Anmeldung bei den Polizeibehörden im beiderseitigen Einvernehmen bestimmt Pollofertigungsstellen über die Grenze ausgestrahlt werden. Diese Beschränkung greift nicht Platz für Handwerker und Arbeiter, die mit ihren gewöhnlichen Werkzeugen, wie Hammer, Sägen, Schaufeln, Äxten usw. die Grenze überqueren.

3. Für die Überführung von Maschinen und Tieren sind folgende Bedingungen zu stellen:

a) Maschinen (Art. 12, Absatz 2 unter c) und d).

Der Besitzer der Maschinen hat sich unter deren näheren Bezeichnung, den beiderseitigen Polizeibehörden gegenüber zu verpflichten, eine Sicherheitsleistung darf hierfür nicht gefordert werden. Die mit der Beförderung der Maschinen über die Grenze beauftragte Person hat einen Identitätsnachweis für die Maschine mit sich zu führen und auf Verlangen den anständigen Behörden vorzuzeigen.

b) Tiere (Art. 12, Absatz 2 unter d).

Den beiderseitigen Polizeibehörden ist je ein ortspolizeilich bezeichnetes Verzeichnis des gesamten Tierbestandes des Besitzers, bei mehreren Gütern des Bestandes des Gütes, auf dem die Tiere gewöhnlich untergebracht sind, und eine Erklärung zu überreichen, in der sich der Eigentümer zur Rückförderung verpflichtet. Das Verzeichnis des Tierbestandes ist nach Bedarf vierteljährlich rückzuholen. Der Transportleiter muß für jedes Tier einen Nachweis mit sich führen, in dem eine genaue Beschreibung des Tieres enthalten ist. Bei Hirschen, Schafen und Ziegen durch einen Nachweis über die Zahl der Herde. Werde müssen durch Brand oder Plomierung an Mähne oder Schwanz, Horn und Vorhauten muss durch Brand oder Dörferung gekennzeichnet sein. Veränderungen, welche während des Aufenthaltes der Tiere jenseits der Grenze durch Verenden, Rotschlachtungen oder natürliche Vermehrung entstehen, sind von dem Eigentümer oder Transportleiter den beiderseitigen Polizeibehörden tunlichst anzugeben. Milch und die daraus hergestellten Stoffe, sowie Fleisch roteschlachteter Tiere sind nach dem Betriebsbesitzer aufzuführen. Die Polizeibehörden können aus Zweckmäßigkeitgründen Ausnahmen dulden.

(Schluß folgt.)

Ausweisung eines evangelischen Geistlichen aus Pommern.

Auf Anordnung des pommerschen Wojewoden wird der Pfarrer Engelbrecht aus Dirszau am Freitag, den 14. November (also in drei Tagen) aus dem Gebiet der polnischen Kreisstadt zusammen mit der Familie ausgewiesen worden, unter Androhung sofortiger Verhaftung für den Fall seiner Rückkehr. Die Ausweisung geschieht anscheinlich als Repressalie gegen die Ausweisung eines polnischen Staatsangehörigen aus Berlin zu liegen, wie die "Dirzauer Zeitung" schreibt. Systematisch scheint, wie die "Dirzauer Zeitung" schreibt, System-

gesellschaften Pfarrervereins in Pommern für solche Verbüßungsmaßnahmen ins Auge gefaßt werden, denn jeder Mann befindet sich noch auf die Ausweisung des Pfarrers Müller aus Culmsee, der ebenso wie Pfarrer Engelbrecht, Vorsitzender des Pfarrervereins war. Die von Pfarrer Engelbrecht verwaltete Superintendentur umfaßt 19 Kirchspielle, außerdem war er Hilfsarbeiter im Posener Konistorium. Es ist also, ganz abgesehen von den rein menschlichen Gesichtspunkten dieser Maßnahme klar, daß die plötzliche Ausweisung ungeheure Verwirrung in die innere Verwaltung der evangelischen Kirche bringen muß. Da alle diese Momente dem Wojewoden bekannt sein müssten, wird die evangelische Bevölkerung die Anordnung als einen besonders beabsichtigten empfindlichen Schlag gegen die evangelische Kirche betrachten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Vertraulichkeit zugestellt.

Bromberg, 15. November.

Ein englischer Gast in Bromberg.

Reverend Sir Dr. Ramsay aus London, der Organisationssekretär des Weltbundes für Freundschaftsarbeits der Kirchen, besuchte am Montag, den 13. d. M., unsere Stadt, um für den Gedanken seines Weltbundes zu werben, der bekanntlich alle christlichen Kirchen, mit Ausnahme der römisch-katholischen, umfaßt. Sir Dr. Ramsay benutzte diese Gelegenheit, um sich bei Vertretern Pommers und des Neogaus eingehend über die Notlage der evangelischen deutschen Minderheit in unserem Teilstück zu informieren. Wir erinnern daran, daß der Weltbund auf seiner letzten großen Tagung in Kopenhagen, an der auch Herr Generalsuperintendent D. Blau als Vertreter der evangelisch-unierten Kirche in Polen teilgenommen hat, eine bedeutende Kundgebung zum Schutze der religiösen und nationalen Minderheiten erlebt, die in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen erregen mußte.

Generalsuperintendent D. Blau, Posen, der gegenwärtig in Bromberg einen Kursus für Volksmission leitet, wird am morgigen Donnerstag, 16. d. M., abends 6 Uhr, in der Pfarrkirche predigen.

Der Valutaverkehr mit Ausländern. Die Strafkammer in Graudenz hat in einer Berufungssache entschieden, daß das Valutagesetz vom 20. November 1919, betreffend das Verbot des Abschlusses von Handelsgeschäften in deutscher Mark, nur in solchen Fällen Anwendung findet, wo beide vertragsschließenden Parteien polnische Staatsbürger sind und in Polen ihren Wohnsitz haben. In allen Fällen, wo die eine vertragsschließende Partei fremde Staatsangehörigkeit besitzt, können Handelsgeschäfte in ausländischer Valuta abgeschlossen werden.

Ein neuer Sieb. Der Schmiedeinnung in Samotschin war, wie kürzlich gemeldet, von der Handwerkskammer mitgeteilt worden, sie müsse an Stelle des deutschen Vorsitzenden, Obermeister Siede, einen nationalpolnischen Obermeister wählen (trotzdem Herr S. auch der polnischen Sprache mächtig ist). Nunmehr ist der Schmiedeinnung ein zweiter Sieb versezt worden. Die "Samotschiner Zeitung" vom 12. November schreibt: "Der Fortbestand der hiesigen Schmiedeinnung ist in Gefahr. Der Schmiedeinnung, die das Recht der Lehrlingsprüfung besitzt, ist aufgegeben worden, in den Prüfungsausschuß nur nationalpolnische Mitglieder zu wählen, andernfalls ihr dieses Recht wieder entzogen werden soll. Die Folge dieser ungerechtfertigten Maßnahme wird Austritt der 11 deutschen Mitglieder aus der Innung sein, da unter ihnen große Erbitterung herrscht." - Unseres Erachtens wäre der Handwerkskammer sehr dringend anzuraten, diejenigen Verfassungsbestimmungen durchzulegen, die von der Gleichberechtigung aller polnischen Staatsbürger verfassungsgrundloses, wie sie in dem absolut unzulässigen Verfassungsgrundzuges wie sie in dem absolut unzulässigen Verlangen der Handwerkskammer liegt, sollte die vorgesetzten Behörden denn doch veranlassen, dagegen einzuschreiten.

Der Zuckerpreis, der in der letzten Zeit schon zweimal erhöht worden ist, hat nunmehr eine weitere Erhöhung von 80000 M. für 100 Kilogramm erfahren. Der Zucker, der bisher etwa 600 Mark das Pfund kostete, wird von jetzt an also mit 750 Mark das Pfund verkauft. Eine Knappheit an Zucker besteht zurzeit nicht.

Wochenmarktbericht. Der heutige Wochenmarkt auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek) war wohl infolge des schlechten Wetters nicht besonders gut besucht. Am schwarzen Brett waren folgende Preise notiert: Butter 2100, Eier 2200, Mohrrüben 30-35, Weißkohl 40-50, Rotkohl 70-80, Kartoffeln 20, Zwiebeln 90-120, Blumenkohl 100-500, Käse 80-200, Birnen 120-250, Rote Nüsse 35 bis 40, Brünen 35-40, geschlachtete Gänse 700-1200 je Pfund. Die tatsächlich geforderten Preise entsprachen den am schwarzen Brett notierten. Das Angebot an Butter, geschlachteten Gänzen und Obst war reichlich, während Eier nur wenig angeboten wurden. Auf dem Neuen Markt (Nowy Rynek) herrschte heute nur sehr schwacher Marktbetrieb. Kartoffeln wurden mit 1900-2000 Mark, Weißkohl mit 2500 M. angeboten. Die Anfuhr von Tof und Hola auf dem Wollmarkt (Weinian Rynek) war lebhaft.

Rattenvergilzung. Wir weisen nochmals darauf hin, daß spätestens heute, Mittwoch, 16. November, abends, die Haussitzer das Rattengift auszulegen haben. Die vor einer Woche ergangene Polizeiverordnung bedroht die Unterlassung der Giftauslegung mit Strafe.

Einen unfreiwilligen bösen "Polterabend" gab es gestern mittag für einen mit Flaschen beladenen Wagen in der Ninkauer Straße (Pomorska), nahe der Danziger Straße (Gdańska). Das eine Seitenbett des Wagens hatte sich, wohl infolge mangelhafter Befestigung, gelöst, fiel mit einem Ende auf die Straße, stemmte sich gegen den Bordstein und stieß dabei auch den hinteren Giebel des Wagens ab. Ein großer Teil der Flaschen fiel auf die Straße und zerstörte. Der Schaden dürfte bei den heutigen Flaschenpreisen nicht gering sein.

Der Barca-Mörder ermittelt. Wie wir gestern berichteten, sind unter dem Verdacht, die Mordtat an dem Kaufmann Barca aus Neustadt (Weiberow) in dem Büro Nowy Rynek-Bromberg begangen zu haben, von der Posener Kriminalpolizei Verhaftungen vorgenommen worden. Nach Mitteilungen der hiesigen Kriminalpolizei scheint der Mörder nunmehr festgestellt zu sein. Es handelt sich um einen Eisenbahnmagazinmeister, der in dem betreffenden Büro Dienst getan hat. Barca hat kurz vor seinem Tode in einem Augenblick vollen Bewußtseins einen Eisenbahnamtler als Täter bezeichnet. Die daraufhin angestellten Untersuchungen förderten erdrückende Beweise der

Täterschaft wie Blutspritzer an der Laterne und den Kleidungsstücke des verhafteten Wagenmeisters auf. Der Mörder, der vor zwei Jahren aus Galizien nach Großpolen ausgewandert ist, leugnet vorläufig noch die Tat.

Einbruchsdiebstähle. Wie der hiesigen Kriminalpolizei telefonisch mitgeteilt wurde, ist in der letzten Nacht ein großer Einbruchsdiebstahl in dem Schloß des Grafen Skorzewski in Lubostrowie bei Lublin verübt worden. Die Täter erbeuteten Edelsteine, Waffen, Wertgegenstände und viele andere Gegenstände im Gesamtwert von zwei bis drei Millionen Mark. Einzelheiten über den Diebstahl fehlen noch. Ferner drangen Einbrecher in der Nacht zum Dienstag in den Laden des Juweliers Mieczyslaus Linda in Czorne a. Br. Sie entwendeten dort Gold- und Silbersachen im Gesamtwert von zwei bis drei Millionen Mark. - In der selben Nacht wurde auch in das Konfektions-Warenhaus der Firma "Latos", ebenfalls in Czorne a. Br. eingebrochen und Stoffe im Werte von etwa 500000 Mark gestohlen.

In Verhaftung einer Diebin. Gestern entwendete die unverheilte Elisabeth B. aus der Thorner Straße (Toruńska) einem Herrn J. einen goldenen Ring und eine Schlüsselkette mit einem Brillanten. Die Kette wurde im Sofa versteckt aufgefunden, während der Ring vorläufig dem rechtmäßigen Besitzer noch nicht wieder zurückgegeben werden konnte. Die B. wurde dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Janus. Freitag, den 17. Novbr., abends 8 Uhr, V. Bes. 10022. Chor (Reisechor). Die Übungsstunde fällt diese Woche aus. (12.017)

Musikverein Bromberg, e. V. Versammlung am 16. November, 10.45 Uhr vorm. im "Ognisko". Vollzähliges Erscheinen. Der Vorstand. (16.781)

Handels-Rundschau.

Die Notierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer sind heute ausgeblichen.

Bromberger Schachthausbericht vom 15. Novbr. Geschichtet wurden am 11. Nov.: 29 Stück Rindvieh, 20 Räuber, 46 Schweine, 19 Schafe, 12 Ziegen, 7 Pferde; am 13. Nov.: 28 Stück Rindvieh, 15 Räuber, 23 Schweine, 78 Schafe, 1 Ziege, 8 Pferde; am 14. Nov.: 49 Stück Rindvieh, 37 Räuber, 141 Schweine, 52 Schafe, 9 Ziegen. - Pferd.

Die am 14. November notierten Großhandelspreise (im Schachthause):

	Schweinefleisch:
I. RL 330-370 M.	I. RL 950-970 M.
II. " 250-300 M.	II. " 850-900 M.
III. " 150-200 M.	III. " - M.
Kalbfleisch:	Hämmelfleisch:
I. RL 680 M.	I. RL 430-480 M.
II. " 550 M.	II. " 400 M.
III. " - M.	III. " 150 M.

Berliner Devisentafel.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	14. Novbr.		13. Novbr.		Münz-Parität.
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . 1 Guld.	2763,07	2776,93	3192,00	3208,00	1.6874 M.
Buenos-Aires 1 P. Bes.	2553,60	2566,40	2963,65	2947,35	1,78
Belgien . . . 1 Frs.	429,07	428,80	481,20	480,80	0,81
Norwegen . . . 1 Kron.	1305,72	1313,28	1526,17	1533,83	1,125
Dänemark . . . 1 Kron.	1408,47	1413,53	1645,87	1654,13	1,125
Sweden . . . 1 Kron. M.	1863,32	1874,63	2194,50	2205,50	1,125
Finnland . . . 1 Ann. M.	179,55	180,45	201,49	202,51	0,81
Italien . . . 1 Lire	333,15	3-0,35	364,08	365,92	0,81
England . . . 1 P. Sterl.	30922,50	31077,50	36408,75	36591,25	20,43
Amerika . . . 1 Dollar	7032,17	7067,83	8104,68	8145,32	4,20
Frankreich . . . 1 Frs.	456,85	461,15	516,20	518,80	0,81
Österreich . . . 1 Kr.	1289,26				

MODENSCHAU

für Gesellschafts-, Abend- und Ball-Kleider

findet am Sonnabend, den 18. und Montag, den 20. d. Mts.

von 5 Uhr nachm. ab III. Etage statt.

12005

Chudziński & Maciejewski

Gdańska, Ecke Dworcowa.

Frau M. Will, Poznańska 23.
Anfertigung einfach, u. eleg. Damen- u. Kinder-
Garderobe sowie Kostüme u. Mäntel. 17105

Hufeisen-Stollen
der ersten poln. Hufeisenstollensfabrik
"Podkowa"
in Sosnowice
stehen den besten ausländischen nicht an.
Konkurrenzpreise.

98. Zuchtviehauktion
der Danziger Herdbuchgesellschaft e. V.
(Alte Westpreußische)

Am Mittwoch, d. 6. Dezember, vorm. 9 Uhr (Rühe),
u. am Donnerstag, den 7. Dezember, vorm. 9 Uhr
(Färten u. Bullen) in Danzig-Banachofr.
Husarenstraße 1. Auftrieb:

20 sprungfähige Bullen u. 400 hoch-
tragende Rühe und Färten.

Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt. Grenz-
zoll- u. Passhüterigkeiten bestehen nicht. Infolge
der hohen Druck- und Papierosten muss der Ver-
kauf der Kataloge erheblich eingeschränkt werden,
doch sind letztere mit allen Angaben über Ab-
stammung und Leistungen der Tiere kostenlose von
der Gesell. Danzig, Sandgrube 21, einzufordern. 17105

Die Generalversamm-
lung hat die Umwand-
lung unserer Genossen-
schaft in eine solche mit beschr.
Haftpflicht beschlossen.
Gläubiger, die nicht Rück-
zahlung verlangen und
sich nicht innerhalb drei
Monaten bei der Genossen-
schaft melden, gelten als
mit der beabsichtigten
Wenderung einverstanden.
Wisztino, d. 9. Nov. 1922
Spar- und Darlehnskasse
Spółka zapisana z ograni-
czenią odpowiedzialnością.
A. Schmetz. R. Wessel.
11956

Das echte Brennassel-
Haarwasser
gegen Schuppen und
Haarausfall kaufen Sie
nur in der 11719

Schwanen-Drogerie,
Danzigerstr. 5.

Ein weiß. Jagdhund
zugelaufen. Abzuholen
Bahnhofstr. 11, II, beim
Polizeibeamten. 17114

Gelber Wolfshund
entlaufen. Wiederbrin-
ger erhält Belohnung.
Ballhausen, Jezuicka 14.
17180

50 000 Mark 17185
Belohnung!
Durch Einbruch in der
Nacht vom 9.-10. d. Mts.
ist eine Bettflöckede und
2 Bettdecken, 1 roter Plüschi-
vorleger, eine rote Tisch-
plüschede, 1 Porzellans-
nudelholz, 1 Fleischmach.
gestohlen. Wer über die
Sachen etwas weiß, er-
hält obige Belohnung.
Paul Grabowski,
ul. Kr. Storupi Nr. 95.

Zur
Herstellung von
Drucksachen
aller Art
empfiehlt sich die
Buch-Druckerei
A. Dittmann
G.m.b.H.

Damen - Pelzjächen,
Hüte
werden sachgemäß gearb.
Diele, Jasna 8, I., rechts.
17098

Zum baldigen Eintritt wird eine

Buchhalterin

möglichst aus der Eisen- oder Maschinen-
branche gefucht, die mit sämtlichen vor-
kommenden Büroarbeiten vertraut ist
und Stenographie und Schreibmaschine
perfekt beherrscht. Kennt's beider Lan-
desgesetze erwünscht. Schriftliche Be-
werbungen mit Zeugnisschriften und
Gehaltsanträgen erbitten

11954

Fritz Bienert,
Landwirtschaftliche Maschinenfabrik
und Eisengießerei, Tczew.

Elegante Wagen

zu Hochzeiten, Taufen
u. all. a. Gelegenheiten,
eben. Wagen a. Bab-
hof Itel. 1 Tag u. Nacht
Grodzka (Burgrstr.) 4.
Tel. 436. 12069

12069

Wolfshund

zugelaufen

ul. Jagiellońska 78.

KINO NOWOŚCI

Premiere!

Heute!!!

Premiere!

Ritterdrama aus dem Mittelalter:

„Die heilige Simplicia“

In 6 Akten, mit der unvergleichlichen Eva May in der Hauptrolle.
Herrliches Orchester unter Leitung des beliebten Kapellm. F. Jarecki.

Züchtige Tischlergesellen

werden eingestellt.

Herbert Matthes, Möbelfabrik, ul. Garbarska 20.

16221

Züchtige
Poliesterer

bei dauernder Stellung
ver. sofort gesucht.

Otto Domnick,
Weinmann Rynek 7, 101

Suche von sof. für selbst.
Arb. einen jüng. unverh.

Schlosser,
evil. m. eig. Handwerks-
Off. m. Ing. d. Gehltsanfr.
u. A. 17127 a. d. Gt. d. 3tg.

17128

Züchtige
Schäfer

ab sofort oder Martini
oder auch ab 1.4. 1923 und

Leute-Wirt oder
Aufsichts-Unternehmer

ab 1.4. 1923, beide für
Nebengut Cepno gesucht.

von Loga'sche
Gutsverwaltung Michowae
pow. Chelmno, Pomorze,
Bahnstation Cepno.

Periodische Vorstellung
notwendig.

11958

„OPAŁ“
ul. Dworcowa 18d
(Bahnhofstr.) Telefon 1285.

11958

Elebe,
möglichst Kenntnis der
polnisch. Sprache. Schrift,
findet ver. sof. Stellung.

Majorette Drle,
vom. Grudziądz, 1197

für unter. Fabrikbüro
suchen wir einen 1178

Lehrling
Fahrzeugfabrik Schmidtke,
Bogdoscza-Szternen.

11958

Lehrling
mit guter Schulbildung
und poln. Sprachkenntn.
von Eisenhandlung zu
bald. Antritt gesucht. Be-
werb. u. G. 17132 a. d. G. d. 3.

Züchtige, selbständige

Buchhalterin
für Holzgeschäft kann so-
fort oder später bei ho-
hem Lohn und freier
Station eintreten.

11958

Weißler,
Jezewo, ul. Lasłowska.

Fräulein als Anfängerin
für Kontor gesucht. Poln.
u. deutsche Sprache. Off. u.

A. 17113 an d. Gt. d. 3tg.

Suche z. 1. Dezbr. evtl.
später für meinen ländl.
Haushalt

11958

alleinst. Frau
oder älteres, ordentl.
Mädchen z. mein. Unter-
stützung. Desgl. ein

Kindermädchen.

Trau. Siegelbäckerin

u. Schöpflip. Przehowio

(Schönau), b. Swietie
(Schwet. a. W.)

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

A. Dittmann G.m.b.H.

11958

Damen - Pelzjächen,

Hüte

werden sachgemäß gearb.

Diele, Jasna 8, I., rechts.

11958

Zur Herstellung von

Drucksachen

aller Art empfiehlt sich die

Buch-Druckerei

</

Bromberg, Donnerstag den 16. November 1922.

Pommerellen.

Aufhebung der Fürsorgeberatungsstellen.

Die Beratungsstellen für Auswanderer in Dirschau, Konitz und Tuchel sind aufgehoben. Vom 21. November ab haben sich, wie die "Dirsch. Zeitg." meldet, alle Auswanderer aus den Kreisen Tuchel, Konitz, Zempelburg, Berent, Stargard, Mewe, Dirschau, Karthaus, Pribig und Neustadt mit Besuchen aller Art nach Bromberg, Neuer Markt 9 (Bydgoszcz, Nowy Rynek 9) zu wenden. Wegen der weiten Entfernung kann der Verkehr mit Bromberg auch auf schriftlichem Wege erfolgen. Die allgemeinen Auswanderungsbestimmungen, wie Einreichung von Auswanderungsbüchern, Besorgung der Einreiseeinhaltung, Fertigstellung von Pässen, Erteilung der Ausfahrlaubnis für Umzugsgut usw., bleiben vorläufig unverändert.

15. November.

Graudenz (Grudziadz).

A. Eine bedeckende Spende machte Kaufmann Grünig, indem er für die Armen der Stadt eine halbe Million Mark hergab.

* Ansitzende Gehaltsvorschüsse. Noch immer wartet ein Teil der Beamtenschaft auf die angekündigten Gehaltsvorschüsse. Einige Beamtenkategorien erhielten die Vorschüsse bereits vor etwa sechs Wochen und konnten damals zu wesentlich niedrigeren Preisen ihr Einkommen erhöhen. Die betreffenden Beamtengruppen wurden bereits bei den vorgesetzten Instanzen vorstellig. Es wurde baldige Zahlung angesagt, die aber bis dahin noch immer nicht erfolgt ist.

* Selbstmord eines jungen Mädchens. Am vergangenen Sonnabend nachmittag verübte die 20jährige Janina Biornona, die seit einigen Monaten hier bei ihrem Schwager wohnte, auf dem Militärfriedhof Selbstmord durch Erhängen. Der Grund zum Selbstmord ist wahrscheinlich unglückliche Liebe gewesen.

* Zwei Einbrecher aus Warschau brachen in der Nacht an Sonnabend in das Modengeschäft des Herrn Paluszewicz, ulica Starza (Altstadt), ein und entwendeten für vier Millionen Mark Ware. Sie wurden durch hiesige Kriminalbeamte in Niemald (Nizwalde) abgefangen.

Thorn (Toruń).

* Von der Weichsel bei Thorn. Der Wasserstand geht langsam zurück und betrug am Dienstag morgen 2,06 Meter über Null, mittags bereits 1,99 Meter über Null. — Dampfer "Zamysł" fuhr mit zwei Tränen im Schleppe nach Danzig ab. Aus Borowice (Kongresholz) traf Dampfer "Fortuna" des Bromberger Klond mit zwei Kähnen ein, die Fuhrer geladen hatten, und setzte nach kurzer Aufenthalt die Fahrt nach Danzig fort. Der Motorschlepper "Kollataj" brachte zwei leere Petroleumtanks aus Danzig nach dem hiesigen Winterhafen und machte selbst am Kai fest.

* Thorner Marktbericht. Nach einer vor einigen Markttagen eingetretenen starken Aufwärtsbewegung der Preise, namentlich für Butter und Eier, ist jetzt endlich ein Stillstand eingetreten. Für Butter wurden am Dienstag 1600 bis 2000 Mark verlangt, für Eier 2300—2500 Mark für die Mandel. Quark kostete 800 und Käsekäse 500 Mark je Pfund. Für Obst galten die früheren Preise, die für Gemüse auch wenig verändert waren. Brüken wurden zentnerweise mit 2500—2500 Mark abgegeben, Kartoffeln mit 1500 und 1600 M. Von Fischen sahen wir Weißfische für 200 Mark und Hechte für 800—1000 Mark das Pfund. Der Besuch war zufriedenstellend.

* Bringt die städtische Schwimmanstalt in Sicherheit! Wie erinnerlich, hat unsere städtische Schwimmanstalt (die frühere Pionier-Schwimmanstalt) im vergangenen Winter infolge plötzlich eingetretenen Hochwassers und Eisgangs schweren Schaden erlitten. Sie blieb im Herbst des vorigen Jahres am Ufer in der Nähe des Pilzhauses verankert. Durch den starken Eisgang wurde sie dann auseinandergerissen und ein Teil abgetrieben, der andere Teil konnte glücklicherweise in Sicherheit gebracht werden. Mangels Geldmittel unterblieb im Sommer eine Wiederherstellung der Anstalt, deren

Ausfall sich im Badeleben recht fühlbar machte. Nun scheint man auch in diesem Herbst die Anstalt ganz zu vergessen, denn sie steht immer noch an derselben Stelle, dem diesjährigen Eisgang wieder ausgesetzt. Dazu ist das Material doch zu wertvoll und das Bedürfnis nach einer Schwimmanstalt in unserer Stadt zu groß. Man bringe die Anstalt in den Schutz des Winterhafens, solange es noch der günstige Wasserstand der Weichsel zuläßt!

u. Culm (Chełmno), 14. November. Deichhauptmann Leycke tritt demnächst in den Ruhestand. Vom Deichamt der Culmer Stadtneiderung wurden ihm als Ruhegehalt jährlich 60 Rentner Roggen bewilligt, während seine Vergütigung für Berrichtung der Amtsgeschäfte nur 30 Rentner Roggen beträgt. Herr L. bekleidet das Amt seit 1888 ununterbrochen. Er ist bereits 79 Jahre alt. Der stellvertretende Deichhauptmann Besitzer Wichert-Janrau übernimmt bis zur Neuwahl die Geschäfte. — Die Stadt besitzt in der Stadtneiderung große Ländereien, Wiesen, Weidenläden und Gewässer. Der Grund und Boden gehört teils der Gesamtheit, teils einigen Bürgern als Hauptparzellen. In kleineren Parzellen war das Land hauptsächlich an die kleineren Landwirte der benachbarten Dörfer verpachtet. Da die Parzellen den Meistbietenden zugeschlagen wurden, waren die Pachtsätze außerordentlich hoch. Neuerdings wird die Pacht in Form von Abgabenlieferungen erhoben. Man beginnt auch mit dem Verkauf des Stadteigentums, das bis dahin örtlich beblätzt wurde. Man verkauft abgelegene Parzellen, die z. T. schwer zu verpachten sind. Für den Morgen werden 75 000 bis 150 000 Mark geboten. Diese hohen Gebote werden aber nur gemacht, weil die Parzellen hart an den Grundsteinen der Kauflustigen liegen.

* Dirschau (Dzięgi), 14. November. Abermals wurde hier ein ganzer Trupp von Saisonarbeitern, insgesamt 24 Personen, beim Grenzüberschreitungsfall festgehalten. Grund wie bisher, heimliches Überschreiten der Grenze im Sommer und jetzt keine Ausweise. — Von hiesigen Gärtnern, vorwiegend Gutsgärtnern, ist ein Verein ins Leben gerufen worden, dessen Ziel es ist, sämtliche Gärtner, alt und jung, zusammenzuschließen, um das Gärtnerrecht zu fördern, das auf dem Aussterbeetat steht.

* Konitz (Chojnice), 13. November. In der Stadtverordnetenversammlung vom 9. November bot Anlaß zu einer längeren Debatte der Landverkauf an die Flachsfabrik. Die Versammlung beschloß, der Fabrik das zur Erweiterung gewünschte Baugeland am Kreiskrankenhaus nicht zu verkaufen, da der Betrieb läßt Gerüche entwickeln, welche den Anwohnern lästig fallen würden. Das Schulkratorium in Thorn befürchtet, hier eine Mutter-Kinderschule zu eröffnen. Die Versammlung erklärte sich mit der Auteilung der nötigen Räumlichkeiten einverstanden. Da sich die bisher erhobene Grundsteuer als zu niedrig erwiesen hat, wurde beschlossen, sie zu erhöhen und zwar insofern, als von nun ab für jeden ersten Hund 5000 Mk., den zweiten 10 000 Mk. und jeden weiteren 15 000 Mk. Hundestener zu zahlen ist. Ebenso müssen wegen der dauernd steigenden Arbeitslöhne sowie der Kohlenpreise auch die Gebühren für Belebung des Stadtschlauchhauses um 100 Prozent erhöht werden. Die Gebühren für die Kanalisation wurden auf 6600 Prozent der Gebäudesteuern für das Jahr 1922 festgesetzt. Die Versammlung beschloß die Aufnahme eines Darlehens von 4 000 000 M. bei der Verbandsbank der Kommunalen Sparkassen zur Deckung der laufenden Ausgaben.

* Neuenburg (Nowe), 13. November. Bei der Senatswahl erhielten Liste 1: 2, Liste 2: 125, Liste 7: 493, Liste 8: 585 Stimmen. Für Liste 16, die bekanntlich wegen eines vermeintlichen Formfehlers in Pommerellen gestrichen worden war, hatten sich dennoch 10 Stimmen gefunden, die natürlich ungültig sind.

* Neuenburg (Nowe), 13. November. Die Interessen des kleinen Grenzverkehrs von Neuenburg nach Großneubau haben nunmehr die Möglichkeit, sich den Grenzüberschreitungschein zu beschaffen, der für einmaligen Übergang beim hiesigen Magistrat zu erhalten ist. Für mehrmalige Überschreitung der Grenze ist eine Beschaffung des Scheins von der Staroste in Schlesien erforderlich, wozu der Wykaz mit Lichtbild und eine Bescheinigung beizufügen ist, daß gegen die Erteilung des Scheins von der

hiesigen Behörde keine Bedenken vorliegen. Die Gültigkeit kann von der Staroste dann auf ein Vierteljahr ausgesprochen werden. Die Gebühr für die Weichselüberfahrt selbst beträgt für Hin- und Rückweg je 100 Mark. Obige Erleichterungen dürfen allerdings nur denjenigen Personen gewährt werden, die innerhalb einer Zone von 10 Kilometern um Neuenburg ihren Wohnsitz haben.

* Puławy (Pułk), 13. November. Eisenbahngefährdungen entstehen manchmal durch weidendes Vieh. So wurde Sonntag nachmittag gegen 5 Uhr die Kuh des Fischhändlers Hubert Konkel-Kubfeld auf freier Strecke von der Hela-Bahn überfahren und getötet. Es soll öfters vorkommen, daß Schafe und Kinder auf dem Bahndamm weiden, was für die Züge manchmal verhängnisvoll werden kann.

Aus der Freistadt Danzig.

* Danzig, 14. November. Das zur Behebung der Geldknappheit vom Freistaat herausgegebene Notgeld befindet sich seit einigen Tagen im Verkehr. Gleich bei seinem ersten Er scheinen auf dem Geldmarkt am Freitag begegneten die neuen Tausend mark eine lebhafte Aufnahme. Die Nachfrage nach dem Danziger Notgeld war so stark, daß es sogar mit recht erheblichem Aufpreis gehandelt wurde. Das ist um so bemerkenswerter, als die polnischen Regierungsstellen ihre Kassen in Danzig angewiesen haben, das Notgeld als Zahlungsmittel abzulehnen.

Lest das Blatt der Deutschen: die "Deutsche Rundschau".

Kleine Rundschau.

* Die vermanerte rumänische Gesandtschaft in Berlin. Zwischen der rumänischen Gesandtschaft in Berlin und dem Eigentümer des Hauses Matthäikirchstraße 27, in dem die Kanzleiräume der Gesandtschaft untergebracht sind, Regierungsrat Dr. Schön v. Wilberg ist wie die Blätter melden, ein Mietsstreit ausgebrochen. Nach der Ansicht des Eigentümers wurde das Haus durch den täglichen Besuch von unzähligen Leuten, die die Gesandtschaft in Pauschalgelegenheiten aufsuchten, stark entwertet. Außerdem liegt die Gesandtschaft sowohl mit der Zahlung der Miete als auch mit dem Kostenbeitrag für die Zentralheizung im Rückstand. Da das Mieteinnungskonto ein Eingreifen wegen der Exterritorialität der Gesandtschaft ablehnt, stellte der Eigentümer der Gesandtschaft die Räumung innerhalb 24 Stunden dar. Da die Kanzlei keine Anstalten zur Räumung traf, ließ der Hauswirt am Sonnabend den Angang zu der Kanzlei vermauern, so daß weder das Gesandtschaftspersonal noch Besucher zur Kanzlei Eintritt fanden. Der Hauseigentümer hat sich an den König von Rumänien mit einem Schreiben gewandt, in dem er unter Darlegung des Sachverhalts um Intervention bittet.

* Der Gipfel des Banditentums. Finnlandischen Blättern zufolge wurde von der Sowjetregierung zwecks Unterdrückung der Milizen und Diebstähle auf den russischen Eisenbahnen eine Sonderkommission abgestellt. Diese Kommission führt im eigenen Sonderzug zwischen den Stationen Sysran und Tula, und zwar in der Nähe von Worschomsk, wurde nun mittels falscher Weichenstellung absichtlich eine Eisenbahnkatastrophe herbeigeführt. Der Sonderzug starb die Böschung hinab und sämtliche Mitglieder der Kommission wurden teils getötet, teils schwer verwundet.

Trinkt
Porter Wielkopolski

Carl Keller

Wein großhandlung

Danzig, Kontor: Hundegasse Nr. 101
Gegründet 1878

empfiehlt

telefon 3051

rote Tafelweine zu billigsten Tagespreisen

rote u. weiße Bordeaux-,
Burgunder-,
Rhein- u. Moselweine

in jeder Preislage bis zu Originalabzügen erst Schlüssel.

Tarragona Malaga
Sherry Muscateller
Douro Portwein Vermouth di Torino
Madeira TokajerSchaumweine
Rum — Arrac — Cognac.

10716

Al. Sim. Ring-Antler-
Dynamo110 Volt, läuft auch als
Motor in Gläsern, gegen
Gebot zu verlaufen.Albert Raab,
Piaseczno, b. Zemplino.

2 Locomobile 10-20 P. S.

gebraucht aber gut erhalten.

kompletter Dampfbeschlag

sowie verschiedene Landwirtschaftl. Maschinen
sind sofort zu kaufen gesucht. Offerten mit genauer Be-
schreibung und Preis zu richten anPomorskie Szlachty Wapienne,
Nowemiaslo (Pomorze).

17068

Ein wasserfester Hochglanz
ohnegleichen, ist durch

Urbin

für zuverlässigen

Hersteller: Urbin-Werke, Chem. Fabrik
G. m. b. H., Danzig, am Troy.

10523

Foto grafien
PaßbilderVergroßerungen, Bilder und Postkarten
liefern billigst und schnellstens in kindest. Ausführung

Atelier Viktoria Inh. A. Rüdiger

nur Gdańsk 19

Unsere Telefonanschlüsse
sind von jetzt ab 76-77. Telegramm-Adresse:
"Raffelsen", Chelmza.

Landwirtschaftl. Großhandelsgesellschaft m. b. H.

Danzig, Filiale Chelmza. 12009

Rauhe gegen sofortige Bezahlung

400-600 Morg.

guten Boden, auch Herrensitz (elektrisches Licht),
in hübscher Gestaltung. Mühle wird
erwünscht. Offerten an

J. Karolczak, Toruń.

Anbau 45, 2 Treppen. 11680

An- und Verlauf
von Gütern jeder Größe,kleinen und großen Landwirtschaften, Mühlen
aller Art, Brennereien, Gasthäusern, Villen,
schlagbare Waldungen sowie anderer größerer
Objekte. Angebote an

Kommissions-Büro J. Gajkowski,

Chelmza (Pommerell.), Rynek Garbarski 1.

Gebrauchte, tadellos durchgeparierte

Locomobile

7/8 P. S., 16 P. S., 18/22 P. S., 22/28 P. S., 65/85 P. S.
haben sofort abzugeben.

Landw. Großhandelsgesellschaft m. b. H.

Zweigstelle Graudenz. 12003

Grauen Haaren

gibt die Naturfarbe

unter Garantie wieder

„Axela“

Haar - Regenerator

Flasche 7-10 Mk. bei

J. Gadebusch,

Poznań, Nowa ul. 7

od. „Axela“ G.m.b.H.

Berlin SW., Friedens-

straße 24, Eske Arndt-

straße, Drogerie. 11814

Um Dienstag, den 14. d. M., früh 6 1/2 Uhr, entschließt sanft nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Tochter, Schwester, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau Hulda Helbig

geb. Melchert

im Alter von 61 Jahren 9 Monaten 23 Tagen.

Dies zeigen in tiefem Schmerz, um stillen Teilnahme bittend, tiefbetrübt an

Die trauernden Hinterbliebenen

Rudolf Helbig

Erich Helbig

Alara Helbig geb. Blum

Bruno Helbig

Artur Helbig

Julianna Melchert als Mutter.

Bochom, den 15. November 1922.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. November, nachmittag 3 Uhr, vom Trauerhaus aus statt.

Nechtschaffen lebst du hienieden
In steter Sorge für uns fort,
Nun ruhet du in stilllem Frieden.
Hier ist die Saat, die Ernte dort.
Ruhe sanft!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen spreche ich meinen

Tiefgefühltesten Dank

aus.

Im Namen der Hinterbliebenen

Jan Cisewski.

Bydgoszcz, 14. 11. 1922.

Holzwolle

Fein- u. Grobschnitt liefert 1898
Kohlenkontor Bydgoszcz, Jagiellońska 46/47, Telefon 8, 12 und 13.



Gemüll-Abschaffung und andere Fuhrwerke bei billiger Berechnung Fuhrhalterei Stole, Berlinstr. 96. Tel. 1776-1111

Heim

Fräulein

28. J. alt, ev., wünscht auf dieß. n. mehr umgäng. Wege die Bekanntschaft eines gut. Herrn bis 45 J. sweds Heirat. Off. mögl. m. Bild unter B. 11994 a. d. G. d. 3.

An- u. Verkäufe

Wollen Sie verkaufen?

Wend. Sie sich vertrauensvoll an S. Ruszkowski, Dom Olędzki, Polnisch-Amerikanisches Büro für Grundstückshandel. Herm. Frankef. 1a. Tel. 885. 1898

Güter-Agentur und landw. Ansiedlung-Büro

Weissander Loszyci, Bydgoszcz, 1898 Dворцова 13. Telefon 780, verkaufst jedes bei uns zum Verkauf ausgegeb.

Grundstück.

Agenturen in jeder größe Stadt Polens. Firma existiert seit 1892.

Volle Ware Auszahlg.

Für vorgemerkt, zahlungsfähige Käufersuchen wir **Mit 5 Güter** im Preise von je 60-200 Millionen Mark. 19010 M. Jala i Gla, Bydg. Pomorska 60.

Wein Anf. Grundstück.

Gr. 70 Mrq. gut Boden, 10 Mrq. Biele, m. leb. u. tot. Inv., all. mass. Geb. 1910 erb., soz. g. verl. Off. u. C. 17074 a. d. G. d. 3.

Achtung!

Suche für Kapitalrächtige Käufer

Güter, Fabriken,

ziegeleien, Stadt-

u. Landgrund-

stüde

bei sofortigem Kaufabschluss zu kaufen.

Nowakowski i Gla,

Bydgoszcz, ulica Dworcowa 52.

Tel. 1313. 12020 Tel. 1313.

Billa

sehr schön geleg., 5 Zim., reichlich Nebenräume, Waschküche, Stall, groß. Ost. u. Gemüsegarten, zu verkaufen.

Frau B. Gehrle, Naldo, Planty Miechowica 263.

Ein Hausgrundstück

(Bielawki) mit Garten weg.

Abwanderung soz. prsw. zu verkaufen. Räheres in der Geschäftsst. d. 3. 17110

Bau- oder Lagerplatz

in d. Bielawkaer Gegend

und der Geleisüberbrück.

zu Gasanstalt gelegen

sucht zu kaufen 11987

Biuro Handlowe,

Ignacy Radziszewski,

Bydgoszcz, Gdanska 132.

Telefon 1518. 11987

Nehme in Verkauf:

Paleots,

Pelze

auf Schafwolle und anderen Puttern,

Garnituren

und sämtliche

Herr.-Konfektion.

Lucjan Szulc,

ulica Duga Nr. 65.

1 Schmiedehaus,

Wellblech-Schuppen,

1 Abessinier-Kumpfe

Gartenlaube

sofort zu verkaufen.

Maaßberg & Stonge,

Bydgoszcz, Pomorska 5.

Telefon 900. 11946

Musik-Instrumente

kaufst Lewin, Wallstr. 1.

18728

Gutes Klavier

Preis gleichgültig, suche

zu kaufen.

Offerten unter K. 11908

an d. Geschäftsst. d. 3.

an d. 17074 a. d. G. d. 3.